



## Detailansicht des Regelungsvorhabens

### Vermögenseinziehungsgesetz einführen

Aktuell seit 24.06.2026 10:55:22

#### Angegeben von:

Transparency International Deutschland e.V. (R000249) am 28.06.2024

#### Beschreibung:

Die Einführung eines Vermögenseinziehungsgesetzes würde es dem Staat ermöglichen, von Amts wegen nach verdächtigen Vermögenswerten zu fahnden und diese sicherzustellen oder sogar einzuziehen, wenn ausreichend Hinweise dafür bestehen, dass die Vermögenswerte aus Straftaten stammen oder für Straftaten eingesetzt werden sollen. Dies würde erhebliche Fortschritte für die Bekämpfung von Geldwäsche sowie die Durchsetzung von Sanktionen, z.B. im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, bedeuten.

#### Betroffene Interessenbereiche (3)

---

Kriminalitätsbekämpfung [\[alle RV hierzu\]](#)

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [\[alle RV hierzu\]](#)

Zivilrecht [\[alle RV hierzu\]](#)

#### Betroffene Bundesgesetze (1)

---

ZPO [\[alle RV hierzu\]](#)

#### Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (2)

---

1. [SG2406270112](#) (PDF - 6 Seiten)

#### Adressatenkreis:

Versendet am 08.04.2024 an:

**Bundesregierung**

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (20. WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 16.04.2024 an:

**Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2503310339 (PDF - 6 Seiten)

**Adressatenkreis:**

Versendet am 22.01.2025 an:

**Bundestag**

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]